

Die bürgerliche Alternative - näher am Menschen - näher an den Themen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Sozial

OBERBÜRGERMEISTER		
30. OKT. 2007 / Nr.		
☒ V	1 Zur Kts	3 Zur Stellungnahme
	2 Z.w.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

K: Ref IV

29.10.07
#299/2007

Nürnberg,

☐ Antrag

☐ Presseerklärung

☐ Infobrief

Studiengebühren durch soziale Arbeit ersetzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Einführung der Studiengebühren in Bayern in Höhe von 500 Euro pro Semester stellt für viele Studierenden eine finanzielle Belastung dar, die offensichtlich zum Rückgang der Studienanfänger im WS 2007/08 geführt hat. Verschiedene Städte, z.B. Eppelheim (FAZ v. 28.02.07 „Eppelheim lockt Jungakademiker“) zeigen nun Möglichkeiten auf, wie einkommensschwache Studierende geholfen werden kann. Dort übernimmt die Stadt die Studiengebühren, wenn die Studenten dafür ca. 60 Stunden pro Semester gemeinnützige Arbeit annehmen. In Bayern hat die FH - Amberg - Weiden ebenfalls ein Modell gestartet, bei dem gemeinnützige Arbeit bei der Caritas geleistet wird. Auch in Nürnberg könnte solch ein Modell auf Zuspruch der einkommensschwachen Studierenden stoßen.

Für die Freien Wähler – Nürnberger Bürgerliste stelle ich daher zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Die Stadt überprüft, in wie weit es machbar ist, zunächst ca. 50-100 Studierenden in Nürnberg die Chance zu eröffnen, durch gemeinnützige Arbeit im Sozial- und Pflegeeinrichtungen von den Studiengebühren befreit zu werden. Ist dies möglich, sollte ein entsprechendes Programm erarbeitet werden und bis zum Sommersemester 2008 starten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. H. Beck

Prof. Dr. H. Beck

www.nuernberger-buergerliste.de
Nürnberger Bürger Liste - Freie Wähler e.V.

Vorsitzender: Dipl. Betriebswirt (FH) Jürgen Horst Dörfler, Pilotystraße 19, 90408 Nürnberg

Eppelheim lockt Jungakademiker

Ein Bürgermeister und seine Idee / Von Rüdiger Soldt

STUTTGART, 27. Februar. Mit Eppelheim assoziierten die Heidelberger früher nicht gerade vorzügliche Manieren. Die Kleinstadt mit 14 500 Einwohnern, in der Rhein-Neckar-Region und im Speckgürtel der Universitätsstadt, hieß inoffiziell „Maurerstadt“. Viele Bauunternehmer hatten in Eppelheim ihren Sitz, und der Maurerpolier pflegt nicht nur auf der Baustelle einen herzhaften Ton. Schon in der Weimarer Republik waren die Bürgermeister Sozialdemokraten, bis Mitte der neunziger Jahre hatte jeder Eppelheimer Bürgermeister ein SPD-Parteibuch. „In Schwetzingen nicht geutzt, in Plankstadt nicht geduzt, in Eppelheim nicht geschlagen, der kann in Heidelberg von Glück sagen“, reimten die Einwohner. Heute wohnen in der Stadt 1200 Studenten. Die Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg ist zwei Kilometer entfernt, zu den Hochschulen in Mannheim sind es 18 Kilometer.

Studenten, die sich Wohnungen in Heidelberg nicht leisten können, sind in Eppelheim willkommen, umso mehr, wenn sie sich mit ihrem Hauptwohnsitz dort melden. Das ist ein Grund, weshalb Dieter Mörlein (unser Bild), parteiloser Bürgermeister von Eppelheim, Studenten mit einem ungewöhnlichen Angebot helfen will: Eppelheim bietet Studenten ab sofort an, die Studiengebühren an die Universitäten zu überweisen, wenn sie eine gemeinnützige Arbeit im Umfang von 60 Stunden pro Semester annehmen. In Baden-Württemberg müssen von diesem Semester an Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester gezahlt werden – studentische Boykottaufrufe waren fast überall erfolglos.

„500 Euro Studiengebühren, 97 Euro Verwaltungskosten und 110 Euro für das Semesterticket, das sind auf das Studium umgerechnet 12 000 Euro. Wenn ein Facharbeiter mit einem Nettoeinkommen von 1500 Euro zwei begabte Kinder hat, kann er das nicht bezahlen“, sagt Bürgermeister Mörlein. Die Studenten hätten nach Abschluss des Studiums Schulden; eine Wohnung, Kleidung, Essen müssten ja auch be-

zahlt werden. „Ich habe nichts gegen Studiengebühren, man sollte denen helfen, die sich ein Studium nicht leisten können“, sagt Mörlein. Ein Zimmer koste heute 350 Euro, und die Studenten wollten doch auch mal in die Kneipe gehen. „Intelligenz trinkt, das weiß man doch“, sagt Mörlein.

Seine Mutter habe sich den Zuschuss für sein Studium „vom Munde absparen“ müssen. Mörlein, 58 Jahre alt, ist seit 1994 Bürgermeister von Eppelheim und hat Verwaltungswissenschaften studiert. „Ich bin kein Ursozialdemokrat, kein Urschwarzer und keine Urdliberaler“, sagt er. Zunächst

will Mörlein 15 Studenten für 500 Euro einstellen. Wenn sich das Projekt bewährt, wird es ausgeweitet: 40 Studenten haben sich beworben. Sie sollen Nachhilfestunden geben oder sich um Kinder oder Senioren kümmern, bezahlt werden sie aus den vorhandenen



Etats der zuständigen Abteilungen. Eppelheim hat einen Jahresetat von 30 Millionen Euro und ist fast schuldenfrei. Wer in der Kneipe arbeite, bekomme vielleicht einen Stundenlohn von fünf Euro, wer sich für einen gemeinnützigen Job in seiner Stadt entscheide, könne 8,33 Euro verdienen, sagt Mörlein. Es soll möglich sein, die gemeinnützige Arbeit in den Semesterferien oder während des Semester zu erbringen. „Aber wir überweisen die 500 Euro erst, wenn die 60 Stunden abgearbeitet sind.“ Das Wissenschaftsministerium in Stuttgart hat gegen das Eppelheimer Projekt nichts einzuwenden, es gebe allerdings auch die Möglichkeit, das Studium mit Krediten zu finanzieren. Das will Mörlein nicht. „Die sollen schuldenfrei in ihr Berufsleben starten.“ Dieser Meinung ist offenbar nicht nur der Bürgermeister aus der Rhein-Neckar-Region. Auch von einem Bezirkspolitiker aus Berlin kam ein interessierter Anruf.

742
28.2.07
5-5